



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84884 - 88
Fernschreiber 0886891

P/XIII/131 - 14. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seiten:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die Meinung des 17. Juni Mit Deklamationen ist nicht gedient	65
3	Sind "Jungtürken" nun genehm? CDU-Werben um die nordrhein-westfälische FDP	54
4	Die Not hinter glänzender Fassade Zum ersten deutschen Krankenaustieg in Köln	47
5	"Kirchliche Stellungnahme" Zum Parteitageferat eines Bischofs	47
6 - 7	Strapazierte Toleranz Nachbetrachtung zu zwei grossen Gewerkschaftskongressen	100

* * * * *
* * * * *

Die Mahnung des 17. Juni

sp - Als vor fünf Jahren, am 17. Juni 1953, in der sowjetischen Besatzungszone der Aufstand einer die Freiheit ersöhnenden Arbeiterschaft losbrach, als junge Menschen sich den Panzern der Sowjetarmee entgegenstellten, hielt die Welt den Atem an. Sie begann zu begreifen, daß die Freiheit auch dort lebt, wo sie scheinbar nicht mehr sichtbar ist.

In einer Aufwallung des Gefühls der Zusammengehörigkeit mit jenen, die bereit waren, ihr Leben für die Freiheit zu opfern, hat der Deutsche Bundestag nach der Niederwerfung des Aufstandes durch die Sowjetarmee beschlossen, den 17. Juni zum Staatsfeiertag zu erheben. Seitdem ist dieser Tag jedes Jahr Anlass zu Feierstunden und Veranstaltungen, in denen der Opfer des Aufstandes vom 17. Juni 1953 gedacht wird.

Aber in Feierstunden allein bekundet sich nicht die Einheit und der Freiheitswille einer Nation. Der Wille zur Einheit in Freiheit muß immer das Element der deutschen Politik sein, er darf nicht in Deklamationen erstarren.

Vor dem entflammten Zorn des Volkes konnte sich Ulbricht - wie später auch Kadar in Ungarn - nur hinter den Panzern der sowjetischen Besatzungsmacht retten. Ihrer Anwesenheit verdankt Ulbricht seine politische Macht über die 17 Millionen Deutsche in der Zone. Viele Hoffnungen, die sich an den Aufstand vom 17. Juni geknüpft hatten, sind in den vergangenen fünf Jahren an der Realität der Anwesenheit sowjetischer Truppen in der Zone zerbrochen. Daraus ergibt sich die Erkenntnis: Wer die Freiheit und die Einheit des deutschen Volkes will, muß auch eine Politik wollen und ermöglichen, die zur Rückzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus Mitteldeutschland führt.

Eine solche Politik schließt allerdings Gewaltanwendung und die Beteiligung an Wettrüsten aus. Schon das Denken in diesen Kategorien

14. Juni 1958

ist der Verzicht auf die Wiedervereinigung in Freiheit und ein Verrat an den Opfern des 17. Juni.

Der 17. Juni sollte für alle Deutschen ein Tag der Besinnung und der Einkehr sein, ein Tag der Verbundenheit unserer Nation, ein Tag des sichtbaren Willens, alle unsere Kräfte dem vornehmsten Ziel der deutschen Politik, der Wiedervereinigung, unterzuordnen.

Können wir die Hoffnung haben, dass sich dies erfüllen wird? Mächtige Strömungen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs, sichtbare und unsichtbare Kräfte, finden sich mit der Teilung Deutschlands ab; manche befürworten sie sogar und versuchen, sie geschichtsphilosophisch zu rechtfertigen. Sie leben weiter in den Vorstellungen einer "Politik der Stärke", die Deutschland und Europa immer tiefer spaltet. Sie hören nicht das Ticken der Zeitbombe, die ein gespaltenes Deutschland in einem gespaltenen Europa ist. Sie denken in Divisionen und Atomwaffen, und sie verhalten sich so, dass die notwendige Politik der Entspannung immer schwieriger wird.

Nur das Streben nach Verständigung und das Bemühen, beide Teile Deutschlands aus den unseligen Verstrickungen einer Militärblock-Politik wieder herauszulösen, kann den 17 Millionen Menschen in der Zone die Hoffnung auf ihre Freiheit wiedergeben. Sie tragen am schwersten an der Hypothek des zweiten Weltkrieges und sie werden weiter damit belastet bleiben, wenn West und Ost auf ihrer bisherigen Deutschlandpolitik beharren.

Die Russen können mit Schwierigkeiten in der Zone, wie es der 17. Juni schmerzlich erwiesen hat, fertig werden. Im Westen gibt es sehr viele Menschen, denen das Los der 17 Millionen nicht die Ruhe ihrer Nächte nimmt. Sie aufzurütteln und zur Einkehr zu zwingen, bleibt eine Mahnung des 17. Juni. Die andere Mahnung ist die Verpflichtung für die deutsche Politik, neue und bessere Wege zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes einzuschlagen.

Wer diese Mahnungen nicht hört, wer sie nicht zum Leitbild seines Handelns erwählt, der soll endlich aufhören, Lippenbekenntnisse zur Wiedervereinigung Deutschlands abzugeben. Dieser Erkenntnis sollte sich keine tragende politische Kraft unseres Volkes verschließen. Wer sich ihr verschliesst, verkennt den Opfergang, zu dem ungezählte Männer und Frauen im Namen der Freiheit und der Gerechtigkeit am 17. Juni 1953 angetreten waren.

Sind "Jungtürken" nun genehm?

sp - Bis heute hat die CDU von Nordrhein-Westfalen die Niederlage Karl Arnolds, des langjährigen Ministerpräsidenten des an Einwohnerzahl grössten Landes der Bundesrepublik nicht überwunden. Diesen Mann, der viel von seinem Nimbus als möglicher Gegenspieler des Bundeskanzlers verlor, weil die Opposition enthüllte, was er als Regierungschef so sorgfältig zu verbergen wusste - dass er im Grunde genommen mehr ein Geführter als ein Führer ist - in seine frühere Position zurückzubringen, gilt das Hauptziel der Kanzlerpartei. Nordrhein-Westfalen ist ein kostbares Gut - um es wieder zu erringen und in den Schoß der Kanzlerpartei zurückzuführen, wird kein Mittel gescheut, fallen alle Skrupel.

Die ausschlaggebende Rolle beim Sturz Arnolds spielte seinerzeit die FDP. Für sie war es eine Frage auf Leben und Tod, der tödlichen Umarbeitung zu entkommen, in die sich verstrickt hatte. Die FDP sollte zum Satelliten der allmächtigen CDU abgestempelt werden. Mit Satelliten wird nicht gerade sanft verfahren, man lässt sie die Übermacht des Meisters gern spüren. Die CDU liess es sich recht angelegen sein, die nordrhein-westfälische FDP zu demütigen, indem man ihr bedeutete, sie hätte in einer Koalition mit Arnold nichts zu sagen. Dagegen bäumte sich der Selbstbehauptungswille auf, es kam zu der Düsseldorfer Rebellion, die Kanzlerpartei erhielt die Quittung für ihren Hochmut. Die Regierung Steinhoff trat die Nachfolge Arnolds an. Das Land ist nicht schlecht dabei gefahren. Die Koalition von Freien Demokraten und Sozialdemokratie sicherte dem Land an Rhein und Ruhr den Arbeitsfrieden, wirkte beschwichtigend auf die konfessionellen Gegensätze und brachte den Beweis, dass auch ohne die CDU ein grosses Land regiert werden kann.

Der Zorn, der Unmut und die Giftpfeile der CDU richteten sich damals gegen die "jungen Männer" von der FDP in Düsseldorf. Mit welchen Schimpfworten wurden sie bedacht - Verderber Deutschlands, Jungtürken, Wegbereiter des Bolschewismus, Neutralisten, Koexistenz-Jünger, Verräter an Bürgertum, Nihilisten. So lange die gleichen Leute die Ministersessel mit Arnold teilten, waren sie akzeptabel und willkommene Bundesgenossen, als sie aber als Protest gegen die ihnen zugefügten Demütigungen der CDU den Rücken kehrten und die Regierung Steinhoff ermöglichten, begoss man sie mit Schmutzkübeln - und am schlimmsten betätigte sich hier als Kübelwerfer der "Rheinische Merkur".

Der gleiche "Rheinische Merkur", alle Feinden der Vergangenheit vergessend, bietet sich und die nordrhein-westfälische CDU als möglichen Partner in einer Vernunfttete mit der gleichen FDP an, die er Jahre hindurch so schmählich behandelte. Er bedient sich dabei eines bei früheren Gelegenheiten bewährten Tricks: Er macht Unterschiede zwischen "guten" und "schlechten" Freien Demokraten, er konstruiert einen Gegensatz zwischen dem Finanzminister Weyer und dem FDP-Fraktionsführer Löhring, wohl in der Hoffnung, die FDP von Nordrhein-Westfalen auf diese Weise spalten zu können.

Es ist Sache der FDP, wie sie mit diesem allzu durchsichtigen Bemühen, ihre Reihen zu spalten, fertig wird. Aber eines ist in diesem Zusammenhang doch sehr aufschlussreich: Der Führungstab der CDU rechnet, trotz des reichlichen propagandistischen Aufwandes nicht mehr mit einer Wiederholung des 15. September in Nordrhein-Westfalen. Er buhlt heute schon um die Koalitionsbereitschaft einer Partei, die er vorachtet und um deren Verschwinden aus dem politischen Leben der Bundesrepublik er so sehr bemüht war. Um in Düsseldorf wieder an die Macht zu kommen, bietet die CDU sich sogar zur "Vernunfttete" mit den "Jungtürken" und "Rebellen von Düsseldorf" an - immer noch dem "Rheinischen Merkur", von dem jeder weiss, dass er das ausspricht, was die Gedanken des Alten von Rhöndorf bewegt.

Die Not hinter glänzender Fassade

D.Str.- Überfüllte Parkplätze, gut besuchte Bierrestaurants und eine ausgezeichnete Schau über die Vielgestaltigkeit des Krankenhauswesens unserer Tage sind das äussere Bild der 1. Deutschen Krankenhausaussstellung, die in Köln eröffnet wurde.

Ein grosses Aufgebot prominenter Redner und Wissenschaftler sowie Arbeits- und Forschungstagungen geben dem "Notruf unseres Krankenhauses nach aussen" den offiziellen Rahmen. Bundeskanzler Dr. Adenauer und der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Berg, standen auf der Rednerliste. In den vielen Ansprachen, die den 1. Deutschen Krankentag begleiteten, klang hier und da die Not unserer Krankenhäuser an. Wir gehen nicht fehl, wenn die Initiatoren dieser Kölner Veranstaltung im stillen Kämmerlein daran gedacht haben, "auf die Strasse" zu gehen, um dem müde gewordenen Bürger der Bundesrepublik zu zeigen, dass die Krankenpflege, der Gesundheitsdienst und die technischen Voraussetzungen dazu "im goldenen Westen" Deutschlands sehr im Argen liegen.

Ist es nicht ein Treppenwitz, dass ausgerechnet der westdeutsche Regierungschef von Schwierigkeiten der deutschen Krankenhaussituation spricht? Es ist doch jedem Verwaltungslehrling in den Kommunalbehörden bekannt, dass die unterste politische Instanz der Bundesrepublik das Stiefkind bei finanziellen Zuwendungen ist. Es nützt wenig, darüber zu klagen und zu schreiben, dass Hunderte von Krankenhäusern ohne die notwendigsten Dinge auskommen müssen, wenn man nicht gewillt ist, das Übel an der Wurzel zu fassen. Klingt nicht der Wotschrei der Krankenhäuser wegen des Mangels an Pflegepersonal noch immer an unsere Ohren? Warum bezahlt man diejenigen, die sich des kranken Menschen widmen, so schlecht, dass nur wenige noch bereit sind, das Häubchen der Schwester zu tragen? Ist nicht die finanzielle Not der Jungärzte in den Krankenhäusern das Tagesgespräch in den medizinischen Fakultäten der Universitäten? Wo blieb denn der Bundesinnenminister, als es galt, die Herz-Lungenmaschinen anzuschaffen? Der Deutsche Gewerkschaftsbund und der sozialdemokratische Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen, Hamsath, griffen in die Speichen.

Gewiss, die Ausstellung in den grossen Hallen der Kölner Messe ist eine ausgezeichnete Leistung. Sie zeigt, welche technischen und wissenschaftlichen Mittel heute zur Verfügung stehen, um den Menschen zu heilen. Aber hinter dem Glanz der Technik und der Wissenschaft verbirgt sich der Preis, die Notwendigkeit, Geld zu haben.

Und hieran fehlt es unseren Gemeinden. Auch die caritativen Organisationen, die Krankenpflegeorden beider Konfessionen und die Arbeiterwohlfahrt sind von dieser Not betroffen. Aber in Bonn sieht man diese Engpässe nicht. Milliarden Mark stehen im Budget der Bundesregierung für die Rüstung, Millionen Mark für den Propagandafonds desselben Bundeskanzlers, der in Köln davon spricht, dass die Bundesregierung die schwierige Situation der Krankenhäuser durchaus erkenne.

Es ist notwendig, dass man hinter der Kulisse der Fahnen und des Betriebes einer lehrreichen Schau die Realität nicht vergisst.

"Kirchliche Stellungnahme"

J.R. Einer der beiden schleswig-holsteinischen Bischöfe, D. Halfmann, hat bei der Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, die anlässlich des Wahlkampfes in Essen stattfand, ein Grundsatzreferat zum Thema "Theologische Fragen zur Verteidigung" gehalten. Es ist immer eine zweischneidige Sache, wenn Bischöfe und Präses auf Parteiversammlungen auftreten und zwar keine Fragen stellen, aber doch Antworten zu geben sich bemühen. Das Referat Bischof Halfmanns brachte, soweit das aus der Presse ersichtlich ist, eine Wiederholung des Standpunktes der Kreise um Walter Künneth und Redeker, den Versuch einer Interpretation und Verteidigung des Ja der CDU zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr.

Das mag sein. Es gilt ja jetzt, dieses Thema zu erörtern und mit so viel theologischer Fundierung wie möglich diskutieren. Es kann aber nicht angehen, was jetzt folgt. Die "Lutherische Verlags- und Buchhandels-gesellschaft mbH." in Kiel, eine Neugründung im reichbesiedelten Wald des evangelischen Verlagswesens, bietet den Vortrag Halfmanns zum Preise von DM 1.25 dem Buchhandel an. "Dieses vielbeachtete Referat zur Atomfrage, gehalten auf der 7. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Essen am 7. Juni 1958, bringt erstmalig aus dem Munde eines lutherischen Bischofs eine nüchterne kirchliche Stellungnahme... Die Schrift interessiert jeden Christen."

Mit dem letzten Satz wird, so meinen wir, der Bischof von Holstein überschätzt. Das gleiche wäre zu sagen, wenn auf diese Weise eine Schrift von Heinemann, Gollwitzer oder Niemöller angeboten würde, obgleich jeder von ihnen mehr Euolizität haben dürfte als der holsteinische Bischof. Aber solche Formulierungen mögen angehen, wenn man Bücher und Schriften verkaufen will. Werbung übertreibt leider, damit etwas von dem Gesagten haften bleibt. Es kann aber nicht anehen, dass hier a) die "erste" und b) eine "kirchliche Stellungnahme" angeboten wird, wenn es sich eindeutig um ein Parteitagsreferat eines Bischofs handelt, dem wir wie jedem anderen eine persönliche politische Meinung ebenso zubilligen wie das Recht, sie da zu vertreten, wo er steht.

Kirchliche Stellungnahmen, wenn es sie gibt, werden in der evangelischen Kirche nicht mit bischöflicher Autorität vorgetragen. Kirchliche Stellungnahmen sind die so oft überhörteten und so oft unterbewerteten Worte der Synoden. Sie sagen zumindest bisher auch anderes als Bischof Halfmann.

Wir nehmen an, dass die Lutherische Verlags- und Buchhandels-gesellschaft ein landeskirchliches Unternehmen ist, auf das Bischof Halfmann so viel Einfluss hat wie Bischof Wester (Schleswig). Wir hätten es in diesen Blättern verschwiegen, dass Halfmann während des Wahlkampfes in NRW nach Essen kam und Schützenhilfe gab. Wir möchten aber, dass er den verkaufsfreudigen Verlegern sehr deutlich sagt, dass diese Werbemethoden nicht gut sind. Die Synode hat kein kirchliches Wort zur Atomfrage gefunden. Käme dieses Wort - ein kirchliches! - jetzt unversehens aus Kiel, so wäre das eine kirchliche und eine politische Sensation. Die blieb aber aus.

Strapazierte Toleranz

rd. Die Auseinandersetzung um Begriff und Inhalt der konfessionellen Toleranz und darüber hinaus der falsch interpretierten "parteilichen Neutralität" in den Gewerkschaften spitzt sich zu. Der Begriff der konfessionellen Toleranz in den Gewerkschaftsstatuten und die Auseinandersetzungen um ihn sind fast so alt wie die Gewerkschaften selbst. Sie haben ihre Ursache in der ursprünglichen Gegnerschaft der Kirchen gegen solche Gewerkschaften, die nicht ihre eigenen Gründungen waren. Und doch hatten die unter der Führung des Klerus und der Zentrumspartei gegründeten christlichen Gewerkschaften als erste die heftigsten Auseinandersetzungen in der eigenen Reihen um diesen Begriff zu führen. Diese Auseinandersetzung ist als "Gewerkschaftsstreit" vor dem ersten Weltkrieg in die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung eingegangen, und das war ein Streit um die Führung dieser Gewerkschaften zwischen Katholiken und den evangelischen Arbeitern.

Der Begriff der "politischen Neutralität" hat seine Ursache darin, dass keine der deutschen Gewerkschaften ohne Geurthilfe politischer Parteien entstanden ist. Die früheren Kirch-Duncker'schen Gewerkschaften waren eine Gründung der einflussreichen Fortschrittspartei liberal-manchesterlicher Prägung. Die christlichen Gewerkschaften entstanden unter Mithilfe des klerikalen Zentrums, die freien Gewerkschaften entstanden nach einem Beschluss der Sozialistischen Internationale und waren ursprünglich in Deutschland nur eine der Sparten der sozialistischen Arbeiterbewegung. Mit dem Untergang der Parteien einerseits - Fortschrittspartei und heute auch Zentrum - und durch die Spaltung der Sozialisten in Mehrheitssozialisten und Unabhängige, später auch Kommunisten, andererseits, hatten diese Gewerkschaften ihre unmittelbare politische Bindung eingebüßt. Sie erklärten gegenüber allen Parteien ihre Unabhängigkeit, ausgedrückt in dem Begriff der parteipolitischen Neutralität.

Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg

Die Gründung der Einheitsgewerkschaften nach dem zweiten Weltkrieg war nicht nur in dem gemeinsamen Konzentrationslagererlebnis der früheren Gewerkschaftsführer verschiedenster Richtungen begründet. Sie wurde auch wesentlich dadurch gefördert, dass nach 1945 die Gewerkschaften vor den Parteien gegründet wurden, und diese zur Beweise ihrer demokratischen Toleranz die Gewerkschaften als wichtige demokratische Faktoren des neuen Staates anerkannten. Inzwischen sind jedoch die ersten Blütenzweige demokratischer Neuordnung verwelkt, in den Schablonen mancher Parteistrategen schlammerte ein Gewerkschaftsgeistes, das die Koalitionsfreiheit oder das Streikrecht der Gewerkschaften einengen möchte.

Aufgehängt am Begriff der konfessionellen Toleranz und darüber hinaus der parteipolitischen Neutralität versuchen heute diese Parteien die gewerkschaftlichen Aktivitäten zu lähmen. Obgleich es kein Beispiel irgendeiner konfessionellen Intoleranz der Gewerkschaften gibt, zwischen sich insbesondere grosse Teile des katholischen Klerus und die ihm dienstwillige CDU/CSU um die Wiedererrichtung christlicher Gewerkschaften und zugleich um die Bildung politischer Zellen innerhalb der Einheitsgewerkschaft, mit dem ständigen Hinweis der Verletzung dieser konfessionellen Toleranz bzw. parteipolitischer Neutralität. Auf die Unverträglichkeit dieses Zustandes hat der Vorsitzende des DGB in seinen Begrüßungsansprachen auf den beiden Gewerkschaftskongressen der ÖTV und der IG-Bergbau in den letzten Wochen wiederholt hingewiesen. Er beklagte den Versuch der Gründung selbständiger Organisationen im DGB - z.B. der "Christlich-sozialen Kollegenschaft" - die in ungeschlicher, nörgelnder Weise alle Massnahmen des DGB kritisierten. Wie störend diese Gruppen

nicht nur in den politischen Aktivitäten der Gewerkschaften bei der Durchsetzung allgemeiner gesellschaftspolitischer Forderungen und sogar in organisatorischer Hinsicht wirken, dafür zwei Beispiele aus diesen Kongressen.

Obgleich Arbeitsminister Blank in seiner Begrüßungsansprache zum Bergbaukongress darauf hinwies, dass es demokratische Tradition sei, sich als Minderheit unter die Mehrheitsentscheidung zu fügen- und er meinte natürlich, sich der Mehrheitsentscheidung des Bundestages über die Atomrüstung zu beugen - hielten sich seine Parteifreunde in den Gewerkschaften nicht an diese demokratische Tradition. Sie drohten, angeblich in konfessionellen Gewissenszwang gebracht, mit dem Austritt aus der Gewerkschaft, wenn diese sich gegen die Entscheidung der Bundestagsmehrheit ausspräche. So stimmte ein Vorstandsmitglied der ÖTV gegen die Resolution der Gewerkschaft und zog sich damit den Unmut des ganzen Kongresses zu. Trotzdem wurde er wieder in den Vorstand gewählt!

Beispiele der Toleranz

Auf dem Bergbaukongress spielte sich eine noch bezeichnendere Szene ab. Bei der Einreichung der Wahlvorschläge der IG-Bergbau ergab sich, dass über den auf den Proporz abgestimmten Vorschlag der Führungsgremien der IG-Bergbau hinaus ein weiterer Vorschlag eingebracht worden war, der bezweckte, eines der sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes abzulösen und zu ergänzen. Die "christlichen" Kollegen vermuteten sofort einen Angriff gegen ihre Position. Sie sind, obgleich nur eine anscheinbare Minderheit in dieser Gewerkschaft, mit drei Sitzen (!) in dem elfköpfigen Vorstand vertreten und nahmen nunmehr an, auf zwei Sitze zurückgedrängt werden zu sollen. Auch sie drohten sofort mit dem Auszug aus dem Kongress und dem Austritt aus der Gewerkschaft. Der Konflikt wurde durch das Bemühen des Vorstandes gütlich beigelegt, der Ergänzungsvorschlag wurde zurückgezogen; die CDU ging wieder im Verhältnis 8:3 in den Vorstand ein, obgleich 80 % der Delegierten sozialdemokratische Parteimitglieder waren.

An diesen Beispielen zeigt sich das wahre Bild der Toleranz. In keiner der Industriegewerkschaften und ebenso wenig im DGB wäre auch nur ein einziges Mitglied der CDU vertreten, gelänge es nicht den Vorständen immer wieder, im Interesse der Gewerkschaftseinheit, die sozialdemokratischen Delegierten dazu zu veranlassen, die CDU-Mitglieder mit in die Vorstände zu wählen. Trotzdem wird ihnen seit Jahren und wahrscheinlich auch in der Zukunft immer wieder Intoleranz gegenüber anderen parteipolitischen Auffassungen und in demagogischer Weise konfessionelle Intoleranz vorgeworfen. Das geht allmählich den Delegierten auf allen Kongressen auf die Nerven, und sie opponieren heftig. Häufig genug hört man bereits die Aufforderung an diese politischen "Christen", doch endlich die Gewerkschaftsreihen zu verlassen und auch die Forderung, sie einfach zu exzitieren. Die Beschwerde des Vorsitzenden des DGB, Kollegen Richter, über das Wirken dieser "Christen" ist also nur der Ausdruck einer allgemeinen Unzufriedenheit in allen Gewerkschaften des DGB.